

Sozialdemokratische Internationale Klimapolitik: Klima schützen, Gerechtigkeit weltweit stärken

Die Klimakrise gehört zu den größten Herausforderungen der Menschheitsgeschichte. Sie bedroht weltweit nicht nur natürliche Lebensgrundlagen, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ganzer Gesellschaften. Die Faktenlage ist eindeutig: Die Erderwärmung ist real und durch den Ausstoß von Treibhausgasen menschengemacht. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt: Die großen Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel dürfen nicht vertagt und damit kommenden Generationen aufgebürdet werden. Schon heute gefährdet der Klimawandel ein friedliches, freiheitliches und selbstbestimmtes Leben. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat deutlich gemacht: Eine zuverlässige, klimaneutrale, auf den Einsatz erneuerbarer Energien beruhende Energieversorgung ist auch eine Absicherung gegen autoritäre Einschüchterungen und Erpressungen. Wie wir politisch als Staat und Gesellschaft gemeinsam mit unseren Partnern auf die Klimakrise antworten, wird darüber bestimmen, welche Zukunft Demokratie, Frieden und internationale Zusammenarbeit haben.

Für die Sozialdemokratie ist klar: Die Klimakrise kann nur durch internationale Zusammenarbeit bewältigt werden. Voraussetzung hierfür ist, dass sich alle Staaten, Gesellschaften und wirtschaftlichen Akteure ihrer Verantwortung bewusst werden und ihren jeweiligen Beitrag leisten. Es gilt, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschen zu minimieren, sich an nicht (mehr) vermeidbare Erderhitzung anzupassen und zugleich die erforderliche Transformation der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sozial gerecht zu gestalten – im Sinne einer Just Transition. Dies bietet auch Chancen: „Neue Märkte, neue Handelsbeziehungen und Geschäftsfelder, zum Beispiel bei der Produktion von grünem Stahl und grünem Wasserstoff oder bei der Fertigung von Batterien und Halbleitern“, so Bundeskanzler Olaf Scholz beim Petersberger Klimadialog im Mai 2023. Eine gerechte Transformation schafft dezentrale Energieversorgung, neue Möglichkeiten für Wohlstand, weniger Schadstoffbelastung und faire Entwicklungschancen.

Mit der Verabschiedung des historischen Pariser Klimaabkommens sowie der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung existieren seit 2015 zwei globale Referenzrahmen, die den Weg in eine klimafreundliche und nachhaltige Zukunft aufzeigen. Im Abkommen haben sich die unterzeichnenden Staaten völkerrechtlich verpflichtet, dass alle Vertragsparteien ihre eigenen Emissionen mit ehrgeizigen Maßnahmen senken. Die Begrenzung der globalen Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius ist dabei zum Dreh- und Angelpunkt einer ambitionierten, gerechten und entwicklungsfördernden internationalen Klimapolitik geworden, die zum Schutz von Menschenleben sowie den Erhalt von Lebensgrundlagen, Biodiversität und Artenvielfalt beiträgt.

In seinem sechsten Sachstandsbericht hat der Weltklimarat IPCC noch einmal mit Nachdruck bestätigt, dass sofortiges, schnelles und ambitioniertes Handeln der Staatengemeinschaft notwendig ist, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen. Deutschland ist einer der größten Geber für Klima- und Entwicklungsfinanzierung und ein Vorreiter der Klimadiplomatie. Dieses Engagement wollen wir aufrechterhalten, damit Deutschland sein Versprechen bezüglich der internationalen Klimafinanzierung einhalten kann.

Internationale Klimapolitik ist gelebte internationale Solidarität

Unser **Klima ist ein internationales öffentliches Gut**, das wir gemeinsam schützen müssen. Gleichzeitig gibt es Bevölkerungsgruppen, die besonders von den Klimawandelfolgen betroffen sind. Die Klimakrise könnte schon bis 2030 über 130 Millionen weitere Menschen in die extreme Armut treiben. Eine internationale Klimapolitik, die wir unterstützen, denkt deshalb Entwicklungsmöglichkeiten mit und fördert diese, denn für die Zukunft ist entscheidend, dass Klimaschutz und Entwicklung zu keinen Zielkonflikten führen und zunehmende Armut als Folge der Klimakrise weltweit verhindert werden kann. Die damit verbundenen Ungleichheiten verstärken sich noch, wenn man bedenkt, dass zum einen die Hauptbetroffenen nicht die Hauptverursacher sind und zum anderen die am stärksten betroffenen Regionen zumeist nicht die notwendigen Anpassungs- und Bewältigungskapazitäten besitzen, um die katastrophalen Folgen der Klimakrise zumindest in Ansätzen abmildern zu können. Gerade auf dem afrikanischen Kontinent muss mehr in die Kapazitäten im Bereich erneuerbare Energien investiert werden, um das Potenzial für eine sichere, dezentrale und saubere Energieversorgung sowie für die Verarbeitung und Produktion der für die Transformation wichtiger Grund- und Rohstoffe auszuschöpfen.

Nach wie vor wälzen Staaten mit hohen Emissionen die steigenden Umweltkosten ihres Wohlstands auf ärmere Länder ab. Die Ausbeutung von Ressourcen geht oft mit erheblichen Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen einher: die Auslagerung von Müll, Landkauf und -raub zur Nutzung von Flächen zur Landwirtschaft für die eigene Bevölkerung oder schlechte Produktions- und Arbeitsbedingungen von Konsumgütern. Die Risiken der Klimakrise sind zudem innerhalb von Staaten und Gesellschaften sehr asymmetrisch verteilt. Am stärksten betroffen sind Menschen, die aufgrund von Alter und Krankheit, Armut und Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Ethnie besonders vulnerabel sind.

Die Industrienationen tragen in der Bewältigung der Klimakrise eine historische Verantwortung. Sie sind für einen Großteil der historischen Emissionen verantwortlich. Das **Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten** verpflichtet zum Handeln, vorrangig im Rahmen einer Vorbildrolle, um die Machbarkeit einer klimaneutralen Wirtschaftsentwicklung aufzuzeigen und durch die eigene Verringerung von Treibhausgasemissionen und die sozialverträgliche, aber konsequente Dekarbonisierung ihrer Wirtschaften. Das bedeutet auch, die wirtschaftlichen **Interessen und Bedarfe** der Zivilbevölkerung in den Ländern **des Globalen Südens** ernst zu nehmen. Insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent und in ländlichen Gebieten ist ein Großteil der Bevölkerung nach wie vor auf die Nutzung von Brennholz und Holzkohle angewiesen. Dies betrifft vor allem die weibliche Bevölkerung und muss im Rahmen der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik besondere Beachtung finden. Diese Bedarfe führen zu fortschreitender Abholzung mit den entsprechenden Konsequenzen für das Klima und die Gesundheit. Auf dem Weg zu einer verlässlichen Strom- und Wärmeversorgung gilt es, die Prioritäten und Strategien der Partnerländer zu unterstützen und sie ihre eigenen Entwicklungsentscheidungen tätigen zu lassen. Gleichzeitig haben auch die Regierungen der Länder des Globalen Südens eine Verantwortung für die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung und den Schutz der eigenen Ökosysteme, der sie gerecht werden müssen. Als Akuthilfe begrüßen wir die 2022 von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft gemeinsam mit der Gruppe der Vulnerable 20 (V20) ins Leben gerufene Initiative für einen Globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken, der schnell und wirksam beim Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten unterstützen kann.

Durch die Klimakrise geraten unsere Ökosysteme zunehmend unter Druck: Sie befeuert den Verlust von **Artenvielfalt und Biodiversität**. Das ist verheerend, denn die Zukunft der Menschheit hängt entscheidend von biologischer Vielfalt und dem Schutz unserer Ökosysteme ab – wir brauchen sie für unsere Ernährung und Gesundheit, für sauberes Trinkwasser, fruchtbare Böden und saubere Luft. Jeden Tag verschwinden bis zu 150 Pflanzen- und Tierarten von der Erde und jedes Jahr zehn Millionen Hektar Wald, die unser Klima regulieren und Treibhausgase binden können. 50 Prozent der Korallenriffe sind bereits verloren, 500.000 Hektar intakte Moore werden jedes Jahr zerstört, wodurch gespeicherter Kohlenstoff freigesetzt wird.

Die Klimakrise wirkt sich insgesamt gerade in den besonders betroffenen Regionen negativ auf **grundlegende Menschenrechte** wie das Recht auf Nahrung, auf Wasser, auf Gesundheit und auf Wohnen aus, denn sie bedroht alle Menschenrechte – bürgerliche und politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle. In vielen Teilen der Welt sind besonders Frauen und Mädchen vom Klimawandel betroffen. Die Weltgesundheitsorganisation

schätzt, dass von 2030 bis 2050 jedes Jahr 250.000 Menschen an den Folgen des Klimawandels sterben könnten: durch Malaria, Mangelernährung, Durchfall und Hitzestress. Gleichzeitig bedeuten der zunehmende Verlust von Biodiversität und das Voranschreiten der Erderwärmung ein höheres Risiko für die Ausbreitung von Tropenkrankheiten und Zoonosen auch in nördlichere Breitengrade. Die Klimakrise erhöht das Risiko für Vertreibung und erzwungene Migration – sowohl grenzübergreifend aber auch als Binnenmigration in Großstädte. Sie wirkt wie ein „Risikomultiplikator“: Bereits bestehende Ungerechtigkeiten werden verschärft, sei es im Sinne sozialer oder auch geschlechterspezifischer Ungleichheiten. Deshalb ist die Einbindung von Frauen und vulnerablen Gruppen bei der Entwicklung von Anpassungsstrategien und Lösungsansätzen umso wichtiger. Viele soziale Bewegungen weltweit zeigen: Frauen fungieren aufgrund ihrer Rolle und ihrer Erfahrung als „change agents“ im Kampf gegen die Klimakrise als Vorreiterinnen. Klimagerechtigkeit verbindet so Klimaschutz mit dem Schutz von grundlegenden Menschenrechten.

Die Klimakrise wirkt auch in besonders fragilen Staaten als **Konflikttreiberin**. Fragilitätsrisiken nehmen deutlich zu. Dazu gehören etwa lokale Ressourcenkonflikte, bedrohte Lebensgrundlagen, extreme Wetterereignisse und Katastrophen, grenzüberschreitende Wasserkonflikte sowie der Anstieg des Meeresspiegels und der Küstenerosion und infolge dessen Migration. Die Auswirkungen der Klimakrise auf lokale Konflikte sehen wir bereits jetzt in der Sahelregion. Die durch zunehmende Verknappung und steigende Nachfrage ausgelöste Konkurrenz um grundlegende, existenzsichernde Ressourcen kann zu Instabilität und gewalttätigen Konflikten führen, wenn effektive Mechanismen zur Konfliktlösung fehlen und der Druck zu groß wird. Dies ist beispielsweise in vielen Ländern der Sahelzone der Fall, wo in manchen Gebieten Konflikte zwischen Nomad:innen und sesshaften Bauern und Bäuerinnen um natürliche Ressourcen zunehmen. Auch bestehende regionale Konflikte werden durch Verteilungskämpfe um Wasser angeheizt. Im Mittleren Osten/Nordafrika befinden sich elf der 17 Länder mit dem größten Wassermangel der Welt. Die Kämpfe um die kostbare Ressource Wasser werden zunehmen.

Unsere Forderungen:

- Die Sozialdemokratie steht für Gerechtigkeit. Daher setzen wir uns für eine ambitionierte und solidarische internationale Klimapolitik ein. Dabei ist klar, dass die Lasten, aber auch die Chancen, die mit einer sozial-ökologischen Transformation zusammengehen, gerecht verteilt werden müssen.
- Wir setzen uns für einen Dialog zwischen Nord und Süd, zwischen Ländern mit hohen und niedrigen Emissionen ein, bei dem wir gemeinsam in fairen und gleichberechtigten Partnerschaften klimagerechte Lösungsansätze für die Klimakrise erarbeiten. Dabei müssen vor allem die Bedarfe der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Staaten in den Fokus aller internationalen klimapolitischen Entscheidungen rücken.
- Fast alle Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität und insbesondere der Erhalt und die Wiederherstellung von Ökosystemen wie Mooren und Wäldern binden massiv CO₂ und tragen so zur Eindämmung der Klimakrise bei. Deshalb unterstützen wir das Weltnaturabkommen, das im vergangenen Jahr beschlossen wurde, und das unter anderem bis 2030 30 Prozent der Landfläche und der Meere zu Schutzgebieten erklärt und mehr Geld für den Schutz der Artenvielfalt mobilisieren will. Wir wollen, dass dieses umgesetzt wird. Deshalb wollen wir ausgehend vom 30x30-Ziel des Montreal-Abkommens weltweit die Zusammenarbeit für die Sicherung von Flächen für den natürlichen Klimaschutz und die Biodiversität vorantreiben.
- Darüber hinaus wollen wir die Wiederherstellung der Natur (u.a. EU Nature Restoration Law) und insbesondere die sozial verträgliche Renaturierung und Wiedervernässung von Mooren und den Aufbau von Seegras-Wiesen und Algenwäldern als CO₂-Senker forcieren. Dies schützt auch indigene Völker, die oft im Einklang mit der Natur leben, deren Existenzgrundlagen aber durch den Raubbau an der Natur und zunehmende durch die Klimakrise bedingte Extremwetterereignisse bedroht sind. Vorhandene Initiativen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Wälder unter Einbeziehung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften in Entscheidungen und dem Schutz traditioneller Land- und Nutzungsrechte oder Projekte zu entwaldungsfreien Lieferketten sind daher sinnvoll, ebenso wie die konsequente Umsetzung der EU-Naturschutzrichtlinien.
- Die Agrarökologie bietet dabei große Zukunftspotenziale sowohl für die nachhaltige Ernährungssicherung als auch für den Klimaschutz. Die emissionsarmen Produktionsverfahren sind eine

klimaschützende Alternative zur emissionsreichen und monokulturellen agroindustriellen Massenproduktion. Sie garantieren die Teilhabe und Nutzbarmachung des tradierten Wissens von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie der indigenen Bevölkerungen in den Ländern des globalen Südens. Die Agrarökologie stärkt zudem die Biodiversität und setzt auf einen schonenden Umgang mit Umweltressourcen.

Eine sozial gerechte klimaneutrale Zukunft – Just Transition für alle

Um das 1,5 Grad Ziel erreichen und damit die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen sichern und unser Ökosystem schützen zu können, sind drastische und **schnelle Treibhausgasreduzierungen** notwendig. Das Pariser Klimaabkommen und die UN Entwicklungsziele können nur mit einem tiefgreifenden Umbau der Volkswirtschaften und des vorherrschenden Wachstumsparadigmas erreicht werden. Die Weichen müssen jetzt umgestellt werden, damit Wachstum zunehmend von Treibhausgasemissionen entkoppelt wird: Das oberste Ziel einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik ist die Vermeidung von Treibhausgasemissionen durch den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger, den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, effizientes Energiemanagement, Dekarbonisierung der Industrie, Schutz und Wiederherstellung von Ökosystemen, eine umfassende Kreislaufwirtschaft sowie Ressourcenverbrauchsminderung. Wir werden auch weiterhin internationale Unterstützung leisten, um die Kreislaufwirtschaft voranzutreiben zum Beispiel durch das Förderprogramm gegen Meeresmüll („Marine Debris Framework – Regional hubs around the globe“). Wir unterstützen Entwicklungs- und Schwellenländer beim Aufbau von nachhaltigen Produktions- und Vertriebssystemen und funktionierenden Abfall- und Kreislaufmanagementsystemen. So soll der Eintrag von Kunststoffabfällen in die größten Flüsse der Welt und damit in die Meere verringert werden.

Gleichzeitig bietet Digitalisierung Potenziale für besseren Klimaschutz durch größere Effizienz, indem digitale Technologien als Hebel für weniger Rohstoff- und Energieverbrauch genutzt werden können.

Bei der Bewältigung der bevorstehenden Transformation steht das Soziale im Zentrum unserer internationalen Anstrengungen. Das Konzept einer Just Transition beinhaltet im Kern **Solidarität** – mit den von der Klimakrise besonders betroffenen Menschen, weil sie einen ambitionierten Klimaschutz und schnellstmögliche Treibhausgasreduzierung sowie das 1,5 Grad Ziel in den Blick nimmt, aber auch mit den von Strukturwandelmaßnahmen betroffenen Menschen und Kommunen, deren mögliche Belastungen abgefedert werden müssen. Wenn nämlich klima- und energiepolitische Langfristziele auch mit beschäftigungspolitischen Zielen verbunden werden, die sich am Prinzip der Guten Arbeit orientieren, kann der massive Wandel, in dem wir uns befinden, auch Chancen für Innovation, Fortschritt und Wohlstand bedeuten, der soziale Verwerfungen ausgleicht und Ungleichheit reduziert.

Zukunftsfähige Fortschrittsmodelle sind nicht nur ökologisch nachhaltig, sondern auch geschlechter- und klimagerecht. Klima- und Sozialpolitik stärken hier einander. Unsere **Ansätze einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik** müssen deshalb auch in der internationalen Klimapolitik Anwendung finden. Die Gewerkschaften sind ein wichtiger und essentieller Partner der Sozialdemokratie – auch in der internationalen Klimapolitik setzen wir uns für die Rechte und Belange von Arbeitnehmer:innen ein.

Gute Arbeit kann angesichts globaler Lieferketten heute immer nur Gute Arbeit weltweit bedeuten und muss zwingend die sozialen und ökologischen Arbeitsbedingungen auch ausländischer Zulieferer in den Blick nehmen. Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz hat das als ersten wichtigen Schritt geschafft und trägt so dazu bei, Menschen ein Leben und Arbeiten in Würde zu ermöglichen. Potenzial hat auch ein EU-Lieferkettengesetz. Wir setzen uns zusammen mit Gewerkschaften und Zivilgesellschaft stark dafür ein, dass es verbindliche klima- und umweltbezogene Sorgfaltspflichten gibt.

Der **Zugang zu Energie** ist nicht nur ein relevanter Entwicklungsfaktor, sondern auch ein Menschenrecht. Viele Fragen der menschlichen Entwicklung – wie Ernährung, Gesundheit, Bildung, Transport, Produktion und Kommunikation – hängen davon ab, ob ausreichend Energie zur Verfügung steht. Dennoch haben vor allem in ländlichen Gebieten des Globalen Südens heute noch ca. eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu einer Grundversorgung mit Strom. Der Zugang zu bezahlbarer, sauberer und sicherer Energie bleibt ein elementarer Bestandteil der Überwindung extremer Armut und der Reduzierung von Ungleichheit.

Der **Welthandel** trägt in nicht unwesentlichem Ausmaß zur heutigen Klimakrise bei: Laut Welthandelsorganisation (WTO) tragen Produktion und Transport gehandelter Waren und Dienstleistungen im Schnitt etwa ein Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen bei. Ein zukunftsfähiges Handelssystem für das 21. Jahrhundert muss mit den Zielen einer sozial-ökologischen Transformation vereinbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die aktuelle Ausweitung und Neujustierung bilateraler und EU-weiter Rohstoffpartnerschaften mit einer auch global gerechten Transformation in Einklang gebracht wird. Daher braucht es einerseits finanziell unterlegte industriepolitische Maßnahmen in EU-Handelsabkommen mit Partnern aus Entwicklungsländern zur Dekarbonisierung und Förderung lokaler Wertschöpfung. Dies gilt auch für den Tourismussektor. Zudem sind importierte Rohstoffe und Energiequellen für die deutsche und europäische Dekarbonisierung unabdinglich, tragen aber neben Risiken für Arbeits- und Menschenrechte auch zu Umweltschäden und Emissionen in Abbau- und Erzeugerländern bei. Auch Energie- und Rohstoffabkommen müssen daher durch umfassende Maßnahmen zur Emissionsreduktion und Umweltschutz in Partnerländern bei Produktion, Transport und Weiterverarbeitung ergänzt werden sowie mit hohen Standards bei Menschenrechten und guter Arbeit einhergehen.

Generell müssen klimapolitische Fortschritte in Deutschland und Europa im Vorhinein im Kontext globaler Handelspolitik betrachtet und negative Effekte auf Partnerländer im globalen Süden entsprechend abgefedert werden. Ein Beispiel hier ist der jüngst verabschiedete Grenzausgleichs-Mechanismus für Emissionen (CBAM) der EU, der zwar *Carbon Leakage* signifikant verhindern kann, aber auch Exporterschwernisse in Richtung des europäischen Binnenmarkts darstellen kann, besonders für diejenigen Länder des globalen Südens, die sich eine emissionsarme Produktion bisher nicht leisten können. Es ist zu prüfen, ob Teile der CBAM-Einnahmen Entwicklungs- und Schwellenländern künftig bei der Dekarbonisierung ihrer Industrie, zusätzlich zur bereits bestehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit, unterstützen können. Entwicklungschancen anderer im Bereich der Just Transition dürfen nicht im Namen der hiesigen Industriepolitik beschnitten werden. Das gilt auch für den US-amerikanischen *Inflation Reduction Act*. Durch Subventionen heimischer Produkte und Industrien und Schutzzöllen nach Außen werden die Wettbewerbsbedingungen verzerrt. Viele Entwicklungsländer werden so vom Handel ausgeschlossen, und es wird ihnen der Übergang zu einer sozial-ökologischen Transformation noch schwerer gemacht. Gleichzeitig bietet der Wandel hin zu neuen, klimaneutralen Produkten und Dienstleistungen Entwicklungsländern die Möglichkeit, in bisher nicht subventionierte Bereiche vorzustoßen. Statt wie bisher die Klimakrise weiter anzuhetzen, muss die Handelspolitik daher zu einem Vehikel der Klimakrisen-Bekämpfung umgebaut werden. Es braucht einen regel- und wertebasierten Handel, der Umweltschutz und Menschenrechtsstandards mitdenkt sowie inkorporiert.

Unsere Forderungen:

- Als Lehre aus dem russischen Angriffskrieg sollte Deutschland verstärkt mit anderen Ländern zusammenarbeiten und sich nicht noch einmal von einzelnen autoritären Staaten abhängig machen. Um wirtschaftlichen Rohstoffabhängigkeiten und Risiken strategisch zu begegnen und Erpressbarkeiten zu minimieren, benötigen wir eine strategische Prioritätensetzung bei rohstoffpolitischen Zielen.
- Der Zugang zu Energie bleibt ein elementarer Bestandteil der Überwindung extremer Armut und der Reduzierung von Ungleichheit. Auch in Deutschland profitieren schon heute viele Menschen von einer Umstellung auf dezentrale Energieerzeugungssysteme, die auf erneuerbaren Energien basieren. Wir zeigen damit: Eine saubere, sichere und nachhaltige Energieversorgung ist möglich und bezahlbar. Zudem können neue Arbeitsplätze entstehen, die direkt mit der neuen Energiegewinnung zu tun haben oder aber im Rahmen von nachfolgenden Wertschöpfungsketten durch die Elektrifizierung entstehen, wenn die Planung, Finanzierung und Ausschreibung großer Infrastrukturprojekte mit regionalen und nationalen Akteuren gemeinsam geschieht. Bei unserer Unterstützung von Energietransformationen weltweit wie z.B. in Südafrika, Indonesien oder Vietnam werden wir die individuelle Situation eines jeden Landes genau in den Blick nehmen und die Bedarfe und Prioritäten der Regierungen und Gesellschaften vor Ort thematisieren.
- Wir setzen uns für starke und vertrauensvolle globale Partnerschaften ein und unterstützen entwicklungspolitische Initiativen wie die Just Energy Transition Partnerships (JETP), die sich den sozialverträglichen Ausstieg aus fossilen Energien und die Unterstützung der Energiewende sowie

die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien zum Ziel setzt. JETPs bieten Chancen, z.B. durch die Schaffung guter lokaler Arbeitsplätze. Damit dies gelingen kann, müssen lokale Gewerkschaften, Parlamente und Zivilgesellschaft frühzeitig und intensiv in die Programme eingebunden werden. Dafür stehen wir aus Überzeugung. Eine sozial gerechte ökologische Transformation ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur gelingen kann, wenn alle Sektoren und Gruppen angemessen eingebunden sind. Wir begrüßen daher die Klima- und Entwicklungspartnerschaften der Bundesregierung (P+), die sich neben Minderungsthemen auch mit Anpassung an die Klimakrise beschäftigen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die internationale Entwicklungszusammenarbeit noch stärker auf die Förderung erneuerbarer Energieversorgung ausgerichtet wird. Zusammen mit den deutschen und internationalen Gewerkschaften fordern wir hierbei Hand in Hand das Zusammendenken von ökologischen und sozialen Aspekten. Eine Just Transition ist dabei Maßstab einer modernen und ambitionierten Klimapolitik. Dabei gilt es, die vielfältigen Chancen der sozial-ökologischen Transformation zu betonen: Chancen auf neue Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen, die nachhaltige Modernisierung ganzer Regionen und eine solidarische globale Klimapolitik, die die ärmsten und schwächsten Staaten unterstützt.
- Um sowohl die Klima- als auch die Biodiversitätskrise aufzuhalten und die Ernährung der Zukunft zu sichern, müssen wir die globale Land- und Forstwirtschaft und das gesamte Ernährungssystem nachhaltig transformieren. Hierfür bedarf es eines Paradigmenwechsels in der internationalen Zusammenarbeit hin zu einer verstärkten Regionalisierung und einer solidarischen Landwirtschaft, die an der Ernährungssouveränität insbesondere der Länder des globalen Südens und einer fairen Wertschöpfungskette interessiert ist.
- Bei der Erschließung von für uns notwendigem grünem Wasserstoff in Europa (beispielsweise in Spanien) und außereuropäisch (beispielsweise in Namibia) wollen wir sicherstellen, dass auch die Länder, in denen die erforderlichen Rohstoffe vorhanden sind, davon profitieren, lokale Wertschöpfung gestärkt und Entwicklungschancen genutzt werden, beispielsweise durch gute Arbeitsbedingungen in neuen Jobs, die dadurch vor Ort entstehen können.
- Instrumente zur Überwachung und auch Ambitionssteigerung zur Treibhausgasreduzierung des Pariser Klimaabkommens unterstützen wir. Dazu gehört beispielsweise eine weltweite Bestandsaufnahme (Global Stocktake), die für 2023 das erste Mal vorgesehen ist. Wir müssen wissen, wo wir auf dem Weg der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens stehen, um falls nötig, bei den Zielen des nationalen und internationalen Klimaschutzes nachbessern zu können. Durch verstärkte internationale Kooperation, den Ausbau von Kapazitäten und finanzieller wie technologischer Unterstützung können wir mit unseren Partnern beim Ausbau ihrer Energiesysteme auf der Basis erneuerbarer Energien und Energieeffizienz zusammenarbeiten, damit sie das fossile Zeitalter bei gleichen Entwicklungschancen überspringen und erneuerbare Energieträger mit all ihren Vorteilen nutzen können.

Klimafinanzierung als Instrument für eine effektive internationale Klimapolitik

Bei der Bewältigung der Folgen der Klimakrise spielt besonders für die verletzlichsten und ärmsten Länder das Thema Finanzierung eine große Rolle. Schätzungen der Weltbank zufolge müssen bis 2025 jährlich eine Billion US-Dollar und in der Folge bis 2030 zwei bis 2,8 Billionen US-Dollar pro Jahr investiert werden, um die Agenda 2030 der Vereinten Nationen sowie die Ziele des Pariser Klimaabkommens umzusetzen. Die Kosten werden diese Länder nicht alleine schultern können.

Eine umfangreiche finanzielle Unterstützung der besonders von der Klimakrise betroffenen Länder ist nicht nur aus moralischer Sicht angebracht, es ist auch ökonomisch sinnvoll. Heute in Vorsorge zu investieren und Umweltkosten bei Investitionsentscheidungen einzupreisen, heißt die Kosten möglicher Auswirkungen des Klimawandels in der Zukunft zu verringern. Gerade die vulnerabelsten und ärmsten Länder dieser Erde müssen im Umgang mit den erlittenen klimabedingten **Schäden und Verlusten** sowie bei den Anpassungsmaßnahmen unterstützt werden.

Wir müssen im Rahmen der letztlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel weiterhin gemeinsam mit anderen Ländern mit hohen Emissionen unserer historischen Verantwortung gerecht werden und **Finanzierungsmechanismen** in angemessener Höhe bereitstellen. Bei der COP15 versprachen die Industrienationen, bis 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen. Laut einer Rechnung der OECD flossen 2020 jedoch nur 83,3 Milliarden US-Dollar an Klimafinanzierung. Da die dringend benötigten Finanzmittel nicht wie versprochen fließen und die Staatsverschuldung zunimmt, sind viele Länder gezwungen, ihre inländischen Ressourcen, die eigentlich für die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheitsversorgung, öffentliche Verkehrsmittel und Wasserversorgung bestimmt sind, zur Bewältigung der Klimakrise einzusetzen. Dies hat unumkehrbare Auswirkungen auf die Entwicklung vieler Regionen und die Bereitstellung elementarer staatlicher Leistungen für die Bevölkerungen.

Wir erkennen die Notwendigkeit an, besonders den ärmsten und verletzlichsten Staaten und Gesellschaften bei ihren Anpassungsmaßnahmen sowie der Bewältigung von klimabedingten Schäden und Verlusten beizustehen. Wir begrüßen daher den bei der COP27 verabschiedeten Entschluss, Finanzierungsinstrumente für klimabedingte Schäden und Verluste einzurichten und setzen uns auf internationaler Ebene dafür ein, dass diese auch operationalisiert werden und ausgestattet mit ausreichend Finanzmitteln ihre Arbeit aufnehmen können. Finanzierungszusagen müssen nicht nur hier, sondern allgemein auch mit Blick auf weitere Anpassungsmaßnahmen gemacht und eingehalten werden.

Die Bundesregierung nimmt bei der internationalen Klimafinanzierung eine **Vorreiterrolle** ein. Die Zusage von Bundeskanzler Olaf Scholz, ab 2025 sechs Milliarden Euro pro Jahr an öffentlichen Mitteln für Klimaschutz und Klimaanpassung bereitzustellen, wurde bereits 2022 erreicht. Dieser Erfolg ist auf die seit Beginn der Legislaturperiode konsequente Prioritätensetzung in der Entwicklungspolitik zurückzuführen.

Die vielfältigen Quellen zur Klimafinanzierung mit unterschiedlichen Ansätzen und Verwaltungsstrukturen innerhalb und außerhalb des UNFCCC-Prozesses machen es vielen Entwicklungsländern zudem schwer, aufgrund ihrer begrenzten administrativen Ressourcen die Mittel für sich zu erschließen. Die Zugangsbedingungen beispielsweise zum Green Climate Funds sind kompliziert, und es bedarf einer Reihe von spezifischen Kenntnissen und Kapazitäten, um einen Projektantrag überhaupt erfolgreich einreichen zu können. Programme, die die „Climate Fund Readiness“ unterstützen und die auch mit deutschen Mitteln gefördert werden, sind daher wichtig. Auch wenn die Zusage ab 2020 100 Milliarden US-Dollar jährlich für die internationale Klimafinanzierung zu mobilisieren grundsätzlich zu begrüßen ist, wird es mit der bloßen Bereitstellung von Geldern nicht getan sein. Es braucht auch mehr Transparenz, um die Finanzflüsse nachvollziehen und überprüfen zu können.

Ohne eine **Reform der internationalen Finanzarchitektur** werden wir es nicht schaffen, die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen und den fiskalischen Handlungsspielraum von Entwicklungsländern zu erhöhen. Die Prioritäten und ökonomischen Voraussetzungen, in denen die Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen agieren, haben sich zudem geändert. Das sollte besser reflektiert werden. Daher setzen wir uns für eine Anpassung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und den Institutionen der Weltbankgruppe sowie der regionalen Entwicklungsbanken ein. Dabei verfolgen wir drei Ziele: den Zugang von Entwicklungsländern zu Liquidität durch Instrumente des IWF zu verbessern, günstige Kredite mit langen Laufzeiten für nachhaltige Entwicklung durch multilaterale Entwicklungsbanken und die Weltbank bereit zu stellen, bestehende Finanzierungsinstrumente effektiver zu gestalten und wo sinnvoll neue Fonds zur Klimafinanzierung zu schaffen. Letzteres umfasst auch die Schaffung des auf dem letzten Klimagipfel beschlossenen Finanzierungsinstruments zur Unterstützung bei klimabedingten Schäden und Verlusten. Alle Bemühungen in der Entwicklungs- und Klimafinanzierung müssen außerdem mit Antworten auf die akute Schuldenkrise einhergehen, mit der sich viele Entwicklungsländer konfrontiert sehen, zum Beispiel durch Mechanismen wie „Debt for Climate Swaps“. Schon jetzt lässt die Verschuldungssituation oft keinen fiskalischen Handlungsspielraum für Investitionen in nachhaltige Entwicklung zu. Hilfe bei der Lösung von Überschuldungsproblemen, finanzielle Unterstützung vor allem der ärmsten Staaten beim Aufbau sozialer Infrastruktur sowie anhaltend hohe Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien und Klimarisikoversorge müssen dabei Hand in Hand gehen. Das bedeutet natürlich auch, dass klimaschädliche Subventionen in fossile Energieträger verringert und Investitionen weltweit im Sinne des Mottos „Shifting the Trillions“ in klimafreundliche, nachhaltige Strukturen gelenkt wird.

Unsere Forderungen:

- In der internationalen Entwicklungs- und Klimafinanzierung gibt es aktuell ein Momentum für Reformen. Dieses wollen wir nutzen, um die internationale Finanzarchitektur stärker an der Erreichung der Umsetzung der Agenda 2030 und der internationalen Klimaziele auszurichten. Dabei darf es keinesfalls eine Umetikettierung der Entwicklungsfinanzierung zu Maßnahmen der Klimafinanzierung geben. Wir setzen uns dafür ein, dass Entwicklungs- und Klimafinanzierung eng verzahnt werden und nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- Wir wollen, dass alle Instrumente im Hinblick auf Nachhaltigkeits- und Sozialkriterien überprüft werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass bereits gemachte Finanzierungszusagen eingehalten und – sofern möglich – sukzessive gesteigert werden. Das beinhaltet die Einhaltung der zugesagten 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr an internationaler Klimafinanzierung sowie eine ehrgeizige und schnelle Festlegung auf ein neues Mobilisierungsziel für internationale Klimafinanzierung, das für 2025 geplant ist. Dabei ist es auch entscheidend, private Finanzierung zu mobilisieren.
- Den Bedürfnissen vieler Entwicklungsländer wollen wir weiter gerecht werden. Aus Sicht vieler Länder des Globalen Südens sollten die Investitionen in die Finanzierung für Maßnahmen der Klimaanpassung erhöht und ein Fahrplan zur Bereitstellung erstellt werden. So kann neben bereits bestehenden Initiativen zur Klimarisikoversicherung, wie beispielsweise dem Globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken, die Schutzlücke bei armen und besonders verwundbaren Ländern dauerhaft geschlossen werden. Deutschland kann hierbei eine wichtige und aktive Rolle als ehrlicher Vermittler und Partner spielen. Im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit und einer starken Entwicklungs- und Klimafinanzierung wollen wir, dass Entwicklungs- und Schwellenländer darin unterstützt werden, systemische und nachhaltige Transformationen vor Ort anzustoßen. Dadurch können treibhausgasintensive Entwicklungen vermieden und ärmere Länder widerstandsfähigere, ökologisch und sozial nachhaltigere Wirtschaftssysteme aufbauen.
- Außerdem unterstützen wir bilaterale und multilaterale Partnerschaften, die sich für einen verbesserten Zugang zu Klimafinanzierung und für die Mobilisierung von privater Klimafinanzierung engagieren, die notwendig sein wird, um allen Bedarfen entsprechen zu können. Dabei ist es wichtig, dass die Bundesregierung weiterhin ihre bedeutenden finanziellen Beiträge an multilateralen Fonds wie beispielsweise dem Green Climate Fund, der Globalen Umweltfazilität, dem Anpassungsfonds oder den Klimainvestitionsfonds leistet und sich im Rahmen ihrer Anteile am Kapital der Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken sowie den klimarelevanten Treuhandfonds und Fazilitäten maßgeblich an deren klimabezogener Finanzierung beteiligt.
- Wir unterstützen die zahlreichen Stimmen, die auf eine Reform der globalen Finanzsysteme drängen, damit die Entwicklungs- und Schwellenländer ihre eigenen Entscheidungen in der Bewältigung der Klimakrise machen können. Es muss dabei auch gelingen, Geldflüsse weg von fossilen und hin zu erneuerbaren und klimafreundlichen Technologien und Infrastrukturen zu lenken. Durch Länder des Globalen Südens getragene Initiativen wie die sogenannte „Bridgetown Agenda“ bilden wichtige Bausteine für die Klimafinanzierung und für die Unterstützung der besonders betroffenen Staaten, um das System der Finanzierungshilfen in einem ganzheitlichen Ansatz progressiv zu verändern.
- Zudem wird deutlich, dass es zur finanziellen Bewältigung der Kosten der Klimakrise auch notwendig sein wird, private Investitionen anzuziehen. Hier setzen wir uns dafür ein, dass bei der Mobilisierung privater Gelder Transparenz im Vordergrund steht und darauf geachtet wird, dass öffentliche Risikoübernahmen keinesfalls zur Schuldenkrise beitragen dürfen.

Gemeinsam stark – Allianzen bilden & Internationale Zusammenarbeit weiterdenken

Die Klimakrise können wir nur gemeinsam aufhalten. Dafür müssen alle Länder und Gesellschaften an einem Strang ziehen. Der internationalen Gemeinschaft stehen für die Zusammenarbeit schon heute eine Reihe von Instrumenten, Foren und Akteursplattformen zur Verfügung, die es zu nutzen und weiterzuentwickeln gilt. Dabei verkennen wir nicht, dass die internationale Zusammenarbeit in Zeiten der geopolitischen Rivalitäten deutlich schwieriger geworden ist.

Die Gründung des **Klimaclubs** im Dezember 2022 durch die G7-Staaten, angeführt durch Bundeskanzler Olaf Scholz, ist ein wichtiger Schritt für eine schnellere Dekarbonisierung und einen ambitionierteren globalen Klimaschutz. Sie stellt darüber hinaus eine Chance zur Unterstützung des Multilateralismus dar. Der Club kann als Treiber für schnelle Emissionsminderung wirken sowie internationale Partnerschaften dafür stärken, was schlussendlich zur Erreichung des 1,5 Grad Ziels und zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens führen könnte. Es gilt nun, den Klimaclub zu unterstützen und massiv sowie wirksam auszubauen. Die aktuellen Gründungsmitglieder haben das Potenzial, ambitionierte internationale Klimapolitik zu betreiben und schnell sowie sozialverträglich Treibhausgase zu reduzieren. Jetzt gilt es den Klimaclub auch wirklich zum Club der klimapolitischen Vorreiter:innen zu machen. Außerdem müssen auch Entwicklungs- und Schwellenländern Angebote gemacht werden, die eine Teilnahme am Klimaclub attraktiv macht, um damit dem Potenzial gerecht zu werden und internationale Kooperation im Klimaschutz stärken zu können.

Nach wie vor bewerten wir die COPs der UN-Klimarahmenkonvention UNFCCC als zentrale Plattform für eine international abgestimmte Klimapolitik. Der **UNFCCC-Prozess** ist entscheidend, um die Leitplanken des Handelns und den Konsens über die nötigsten Schritte festzulegen, um Lösungen zur Bewältigung der Klimakrise international zu vereinbaren. Foren internationaler Klimapolitik wie die internationalen Klimaverhandlungen müssen daher als wichtige und zielführende Arena multilateraler Verhandlungen betrachtet und als solche gestärkt werden. Diese Räume leben von der konsequenten und progressiven klimapolitischen Beteiligung und dem Einhalt versprochener Ziele – in Bezug auf Emissionsminderung wie auch Finanzierungszusagen. Die UN-Verhandlungen stehen mit der **Durchführung der globalen Bestandsaufnahme** vor dem Lackmустest, denn sie müssen beweisen, dass der Ambitionsmechanismus wirkt und eine Zielverschärfung nach sich ziehen kann. Damit die COPs weiterhin die internationale Plattform für Klimadiplomatie bleibt, muss sie zivilgesellschaftliche Akteure und lokale Akteure noch stärker einbinden. Im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik fördern wir deshalb auch den Wissenschaftsaustausch, der planetares Denken und globales Handeln befördert. Ihre Partizipation ist essenziell für mehr Ambition, daher müssen ihre Rolle gestärkt und ihre **Beteiligungsmöglichkeiten** gesichert und ausgebaut werden. Dies gilt für Umwelt- und Entwicklungsverbände wie auch für Gewerkschaften sowie lokale Akteure und Behörden. Andere Austauschformate wie der Petersberger Klimadialog sind auf Staatenebene ebenfalls relevant, da auch hier strategische Debatten zur gerechten Energiewende, zu Finanzierungsfragen oder zu Maßnahmen der Unterstützung der Länder des Globalen Südens stattfinden können.

Wir wollen, dass die **EU** weiter eine Führungsrolle in der internationalen Klimapolitik einnimmt. Auf der Grundlage ihrer diplomatischen Fähigkeiten wie auch ihrer Wirtschaftskraft ist sie dazu in der Lage. Der European Green Deal hat das Potenzial für eine progressive internationale Klimapolitik. Erneuerbare Energien erleben einen massiven Bedeutungszuwachs und auch die Dringlichkeit der (Weiter-)Entwicklung einer eigenen Green Tech-Industrie steht weit oben auf der politischen Agenda. Allerdings zeigen sich hier auch deutlich die massiven Herausforderungen, vor denen die EU steht. Eine sichere Versorgung mit den nötigen Rohstoffen für Industrie und Energiewende sowie der Aufbau der Wasserstoffwirtschaft erfordert die Gestaltung vertrauensvoller und gerechter Partnerschaften, vor allem mit Ländern des Globalen Südens. Hierfür muss künftig eine wesentlich stärkere Verzahnung von Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik angestrebt werden. Die europäischen Staaten sind maßgebliche Initiatoren der klimapolitischen Club-Diplomatie, bei der ambitionierte Länder über gemeinsame Ziele und Vereinbarungen konkrete Reformen vorantreiben. Der Klimaclub oder der Club für kritische Rohstoffe, die Wasserstoffpartnerschaften oder die Just Energy Transition Partnerships sind solche Formate für innovativen Klimaschutz. Hier kommt es in den nächsten Jahren darauf an, die Zusagen tatsächlich umzusetzen und alle relevanten Akteure frühzeitig mit einzubinden. Es gilt, durch Angebote beim gemeinsamen Aufbau von Produktionskapazitäten weiterverarbeiteter Vorprodukte vor Ort, Arbeitsmarktinitiativen und der Versorgung der lokalen Bevölkerung mit bezahlbarer, dezentraler und erneuerbarer Energie die besseren Kooperationsangebote zu machen als Staaten, die Standards nicht einhalten.

Zu einer gleichberechtigten Partnerschaft gehört aber auch, dass vor einer so entscheidenden Initiative wie dem European Green Deal frühzeitige Dialoge mit dem Globalen Süden geführt werden. Beide Seiten müssen noch besser verstehen, was eine europäische Klimaneutralität bis 2050 für diejenigen Staaten bedeutet, die ihre bisherigen Exporteinnahmen aus fossilen Energieträgern generieren oder die andere CO₂-intensive Exporte wie Stahl produzieren. Diese Länder könnten bald gezwungen sein, höhere CO₂-Abgaben an der EU-Grenze zu

zahlen. Rückschritte in der Industrialisierung und weitreichende Probleme für die afrikanischen Volkswirtschaften müssen durch Unterstützung bei den Dekarbonisierungsanstrengungen verhindert werden. Ein mögliches Instrument, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wären Freihandelsabkommen auch mit afrikanischen Ländern abzuschließen. Denn mit diesen wäre die Möglichkeit gegeben, Industrialisierungsrückschritte zu vermeiden und gleichzeitig auf diese Länder hinsichtlich Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Menschenrechtsstandards einzuwirken. Gleichzeitig könnten einige Entwicklungsländer profitieren, weil ihre Produkte vergleichsweise weniger CO₂-intensiv sind. Vor dem Hintergrund der Ziele des Pariser Klimaabkommens ist eine schnelle und drastische Reduzierung der Treibhausgase notwendig, um unsere weltweiten Ökosysteme sowie die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen zu erhalten. Soll der globale Klimaschutz aber tatsächlich ein gemeinschaftliches Projekt werden, gilt es nachzubessern. So könnte auch Europa seine Investitionen in Afrika in Zukunftstechnologien und erneuerbare Energien erhöhen und weitere Schritte gemeinsam planen. Die Vorreiterrolle muss die EU auch erfüllen, wenn es um die gemeinsame Stoßrichtung von Klima- und Sozialpolitik geht, denn nur so kann sichergestellt werden, dass niemand zurückbleibt.

Unsere Forderungen:

- Progressive internationale Klimapolitik braucht starke gesellschaftliche Bündnisse. Zivilgesellschaftliche Akteure müssen deshalb noch stärker in klimapolitische Debatten eingebunden werden. Neben dem G-20- und dem G-7-Prozess sind vor allem die multilateralen Entwicklungsbanken, Finanzmärkte und -investoren, multinationale Unternehmen sowie die nationalen Regierungen, die EU und die wesentlichen Interessenverbände und Unternehmen die Akteure, die sich im Transformationsprozess bewegen und mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen oder sozialen Bewegungen agieren müssen.
- Gleichzeitig gilt es, stets die Mitbestimmung von Ländern des Globalen Südens und Organisationen wie der Afrikanischen Union voranzutreiben und diese nachhaltig in die G7- und G-20-Prozesse zu integrieren. So kann sichergestellt werden, dass kein Raubbau an Mensch und Umwelt stattfindet, soziale und ökologische Standards weiterentwickelt und die Rechte von Arbeitnehmer:innen in der Klimakrise gestärkt werden.
- Starke und progressive Multi-Stakeholder-Allianzen, die sich für mehr Ambitionen im globalen Klimaschutz engagieren, benötigen gerade in Entwicklungsländern personelle und finanzielle Förderung. Wir unterstützen daher nachdrücklich die Klima- und Entwicklungspartnerschaften der Bundesregierung. Sie haben den Anspruch, die sozial-ökologische Transformation gerecht zu gestalten.
- Sowohl die UN als auch die EU sind wichtige und relevante Akteure in der internationalen Klimapolitik, die es zu konsultieren und zu stärken gilt. Sie müssen auf der Arbeitsebene mit ausreichend finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet sein, um wirkungsvoll agieren zu können. Der Europäische Auswärtige Dienst sollte daher ausgebaut und im Klimabereich gestärkt werden. Andernfalls kann die EU ihre von uns angedachte Vorreiterrolle nicht vollumfänglich ausüben.

Die internationale Klimapolitik sozialdemokratisch gestalten

Der Weg in eine nachhaltige und friedliche Zukunft kann nur auf Grundlage sozialdemokratischer Werte global gerecht gestaltet werden. Das sozialdemokratische Verständnis von Fortschritt verbindet **soziale, ökonomische und ökologische Verantwortung** im Sinne einer Just Transition miteinander. Eine sozialdemokratische internationale Klimapolitik kann Gerechtigkeit stärken und Vertrauen aufbauen, indem sie das Gemeinwohl aller und unsere natürliche Lebensgrundlage als Ganzes in den Fokus rückt und zusammen in starken und breiten Allianzen für eine ambitionierte internationale Klimapolitik wirbt. In Zeiten der Polarisierung und Ungleichheit hat eine sozialdemokratische internationale Klimapolitik das Potenzial, sozial gerecht die Klimakrise zu bewältigen und dabei niemanden zurückzulassen.

Wir wollen das Pariser Klimaabkommen und die UN-Nachhaltigkeitsziele umsetzen, ausreichend Finanzmittel bereitstellen, unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen beenden, Ökosysteme schützen und wiederherstellen und unserer Verantwortung als Industrieland gerecht werden, möglichst schnell aber auch

sozialverträglich Treibhausgase zu reduzieren. Durch das Einsetzen kluger sozial- und beschäftigungspolitischer Ansätze können mögliche entstehende Herausforderungen abgefedert werden. Dadurch kann sichergestellt werden, dass es nicht zu sozialen Verwerfungen kommt, sondern die **Vorteile der Energietransformation** hin zu erneuerbaren Energiequellen sowie neuen, guten Jobs in klimafreundlichen Technologien und einer sauberen Umwelt überwiegen.

Wir wollen **in gleichberechtigten Partnerschaften und im Dialog** mit anderen Ländern dieser Welt die sozial-ökologische Transformation umsetzen, dabei die Bedürfnisse unserer Partner berücksichtigen, Doppelstandards vermeiden und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Gegen die Klimakrise kann es nur gemeinsam gehen – in intensivem Dialog und im Rahmen einer fairen Verteilung von Lasten und Chancen der Transformation. Nur so können wir Fortschritt und Wohlergehen für alle Menschen weltweit sichern und unsere Ökosysteme vor dem Kollaps bewahren.

Dabei ist auch klar: Es geht darum, durch die Klimakrise entstandene Schäden und Verluste zu vermindern und Kosten zu reduzieren bzw. zu verhindern. Es geht aber auch darum, die Chancen der Transformation zu nutzen. Es liegt in unserem ureigenen Interesse, dass alle Menschen weltweit gleichermaßen von den entstehenden Vorteilen wie bezahlbarer Energie, neuen und guten Jobs in neuen Technologien, mehr Gesundheitsschutz und einer sauberen Umwelt profitieren.